

ONESOLUTIONREVOLUTION.DE

Berliner Bildungsstreik

Neue Proteste im Herbst

hatten den Bildungsstreik bereits tot geglaubt... Doch als am 09. Juni trotz massiver Repression von Schuldirektoren und dem Senat über 5'000 Lehrer innen. Schüler innen und Eltern in Berlin auf die Straße gingen und lautstark "Bildung für alle und zwar umsonst!" riefen, gewannen viele junge Aktivist innen neuen Kampfgeist! Kampfgeist, den sie brauchen werden, denn auch wenn Rot-Rot meinte, dass die Bildung unter ihnen floriert hätte, wissen wir es besser. Doch was mag nach den Wahlen kommen? Der ehemalige Finanzsenator Ulrich Nußbaum hatte bereits vor mehreren Monaten harte Sparmaßnahmen angekündigt – Sicherlich wird "die eine oder andere" auch den Bildungsbereich treffen!

Doch auch ohne neue Kürzungen sieht es schlecht aus in den Berliner Bildungseinrichtungen. Immer noch große Klassen, marode Schulgebäude, unterfinanzierte und zu wenige Lehrer innen, Abitur in nur noch zwölf Jahren... Und danach? Überfüllte Hörsäle an der Universität, eine schlecht bezahlte Ausbildung oder im schlimmsten Fall überhaupt nichts, außer ein mickriger Hartz IV-Satz. Das ist unsere Realität, und wir sollten uns dagegen wehren!

In diesem Sinne trafen sich Mitte Juli über 70 aktive Jugendliche aus ganz Deutschland in Köln, an dem auch Mitglieder von REVOLUTION Berlin teilnahmen, um über neue Proteste im Schul- und Bildungsbereich zu diskutieren. Man einigte sich auf einen zentralen Streiktag am 17. November und einen Kampagnentag am 15. November. Doch auch in der Zwischenzeit soll es nicht ruhig werden, um das Thema Bildung und unsere Forderungen. Vom 09.-11. September findet in Berlin eine Bildungsstreikkonferenz statt, die die konkrete Planung übernehmen soll und unseren Widerstand koordinieren muss! Am gleichen Wochenende gibt es am Samstag, den 09.09. ab 11 Uhr es in Berlin, eine Bildungsdemonstration

am Alexanderplatz, die von der Lehrergewerkschaft GEW, dem Landesschülerausschuss, der Landeselternvertretung und "Bildungsblockaden einreißen" organisiert wird. Beteiligt euch an den Bildungsprotesten im Herbst, organisiert euch, baut Streikkomitees mit uns auf und lasst uns gemeinsam auf die Straße gehen! Wenn ihr Probleme habt oder Hilfe an eurer Schule, Uni oder am Ausbildungsplatz braucht, dann meldet euch einfach unter berlin@onesolutionrevolution.de oder kommt zu unserem Ortsgruppentreffen!

<u>Bildungsstreikonferenz</u>
9. bis 11. September 2011, Berlin

<u>DEMO + DEMO + DEMO + DEMO</u> Samstag, 9. September 2011, 11.00 Uhr, Bildungsstreikdemo am Alexanderplatz

Mehr <u>Informationen</u> zur Konferenz unter

www.onesolutionrevolution.de

One Solution - Revo...wer?





Eine Vorstellung

Wer ist REVOLUTION?

Wir sind eine antikapitalistische internationale Jugendorganisation. Wir sind aktiv in verschiedenen europäischen und asiatischen Staaten. Auf unserer Webseite www.onesolutionrevolution.de findet ihr unser Programm, Stellungnahmen, Demoberichte und Artikel von uns. Wir bringen regelmäßig die Zeitung "REVOLUTION" heraus.

Was macht REVOLUTION?

In Deutschland sind wir aktiv gegen Bildungs -und Sozialabbau, Krieg und Faschismus, In unseren Ortsgruppen machen wir regelmäßige Veranstaltungen und Aktionen. Wir laden Euch gerne ein bei uns vorbei zuschauen oder mitzumachen.

Was will REVOLUTION?

Hinter dem System von Ausbeutung, Hunger, Krieg und Unterdrückung steht der globale Kapitalismus, die Herrschaft Weniger über die große Mehrheit. Gemeinsam mit Euch wollen wir Kapital und Staat bekämpfen für eine gerechte, solidarische sozialistische Gesellschaft eintreten.

Informiert Euch, nehmt Kontakt auf!

www.onesolutionrevolution.de

berlin@onesolutionrevolution.de

facebook

www.facebook.com/revo.germany



Impressum

V.i.S.d.P. - R. Müller, Greifswalder Str. 12, 10325 Berlin Eigendruck im Selbstverlag.

Haben wir eine Wahl

Sind die Grünen eine Alternative zum Rot-Roten Senat? Sollten wir vielleicht doch lieber die Piraten wählen? Wie bekämpfen wir die Faschisten der NPD? Warum rufen wir zur Wahl der Linkspartei auf? Die Antworten gibts im Leitartikel dieser Ausgabe.

Berlin verdrängt...

Die Mieten steigen, der Wohnraum wird knapp, trotzdem entstehen immer mehr Büroflächen. Alternative Locations werden verdrängt. Berlin wird zur kultigen Metropole, die sich schon lange nicht mehr alle leisten können. Wir leisten Widerstand...

Berliner Bildungsstreik

Totgesagte leben länger... und Gründe für bessere Bildung zu demonstrieren gibt es genug! Der Ex-Finanzsenator hat bereits harte Sparmaßnahmen angekündigt, die ein oder andere wird auch den Bildungsbereich treffen. Wir werden vorbereitet sein!



Haben v

Haben wir eine Wahl?

Abgeordnetenhauswahl in Berlin

18. September sind die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, dem Berliner Parlament. Viele von uns fragen sich, wen sie wählen wollen. Ob sie wählen sollten oder wählen würden, wenn sie könnten. Kurz vor der Wahl beginnen alle bürgerlichen Parteien in ungewohnter Manier, um die Gunst des Wählers zu streiten. Streiten scheint der richtige Ausdruck zu sein, wenn man sich die hitzigen Debatten anschaut, die auf allen Ebenen ausgetragen werden. Keine Zeitung, keine Straße, keine Unterhaltung in der Öffentlichkeit kommt ohne die Diskussion zwischen den Parteien aus. Doch wie sehr unterscheiden sie sich wirklich, für welche Politik stehen diese Parteien? Vertreten sie tatsächlich die Interessen von uns Jugendlichen?

Unsere Probleme...

Gerade als Jugendliche sind wir besonders gerne im Fokus der Parteien, im positiven, wie im negativen Sinne. Trotz den Versprechen unsere Probleme zu lösen, die jede Wahl von neuem gemacht werden, haben wir immer noch eine ganze Menge davon. Der öffentliche Nahverkehr, mit dem wir täglich zur Schule, zu Freunden oder unserem Lieblingsclubunterwegs sind, wird immer teurer. Jetzt soll er auch noch privatisiert werden! Das gleiche gilt für die meisten Dinge in unserem Alltag, wie zum Beispiel unsere Mieten. Besonders diejenigen von uns, die bereits für die eigene Miete aufkommen müssen, wissen wie hart das ist! Vor allem, wenn man als Aushilfskraft, Auszubildender oder arbeitsloser Jugendlicher in Berlin lebt, spürt man unsere Probleme besonders scharf. Wenig Arbeitsplätze, niedrige Löhne, unterfinanzierte Bildung, geschlossene Jugendclubs, teure Preise in Clubs und Supermärkten, eine Polizei die uns schikaniert und immer mehr Privatisierung - das sind unsere Probleme!

CDU und FDP, kein Versprechen, sondern eine Drohung!

Die CDU wirbt mit "Sicherheit" und dem einfallsreichen Satz "Damit sich was ändert". Zusammen mit der FDP, die in den Umfragen gerade die zwei Prozentmarke knackt, versucht sie sich als Partei des wirtschaftlichen Fortschritts zu verkaufen. Vor allem aber als Partei, die mal richtig "durchgreift"! Sie verspricht Härte und Kompromisslosigkeit gegenüber immer krimineller werdenden Jugendlichen. Abgesehen von der Tatsache, dass die Kriminalität von Jugendli-

chen in den vergangenen zehn Jahren stark zurückgegangen ist, verschleiern CDU und FDP den Hintergrund für Jugendkriminalität. Dieser ist nämlich nicht unerklärlich, sondern hängt mit sozialen Problemen, letztlich der Gesellschaft in der wir leben, zusammen. Unseren Problemen, die diese Parteien nicht lösen wollen. Im Bundestag oder in Baden-Württemberg haben sie gezeigt, dass sie nicht die Parteien sind, die sich "Sozial" auf die Fahnen schreiben können. Sie stehen vor allem für stärkere Überwachung, Sparpolitik in Bund, Ländern und Kommunen, die Kriminalisierung von Jugendlichen, Migrant innen und einer verschärften Politik gegen Arbeitslose. Sie machen ganz offen Politik für die Reichen und Unternehmer, nicht für uns!

Die Grünen — die etwas andere linke Alternative?

Ganz groß im Rennen sind momentan die Grünen. Sie standen an der Spitze der Antiatombewegung und bei den Protesten gegen S21. Doch wie "links und grün" sind sie wirklich? Als sie das letzte mal in der Bundesregierung zusammen mit der SPD waren, begannen sie innerhalb weniger Jahre zwei Kriege — in Kosovo und in Afghanistan, über den Irakkrieg



spekulierten SPD und Grüne. Sie waren Verantwortlich für die unsoziale Agenda 2010 und für die Arbeiter- und Arbeitslosenfeindlichen Hartzgesetze (Hartz IV). Doch auch was Umwelt anging, haben sie sich nichts verdient gemacht. 2003 kam mit Rot-Grün die erste Verlängerung der AKW-Laufzeiten für die Atomlobby zustande. Diese Verlängerung ermöglichte Schwarz-Gelb überhaupt erst einen weiteren, wenn auch gescheiterten, Atomdeal in die Wege zu leiten! In Hamburg ließen sie zusammen mit der CDU Proteste gegen den Neubau eines Kohlekraftwerkes von der Polizei niederknüppeln. Auch in Stuttgart haben sie gezeigt, dass sie keine Versprechen halten können. Anstatt S21 sofort dicht zu machen, tricksen sie herum, während die DB weiter bauen kann. Die Grünen sind also keine Alternative zu anderen Parteien. Sie sind eine bürgerliche Lügenpartei!

Freiheit, NPD und Pro Deutschland — Keine Plattform für Faschisten und Rassisten!

Die Freiheit und Pro Deutschland geben sich als Bürgerbewegung. Doch sie sind nichts mehr als Rassisten unter dem Deckmantel einer "Islamkritik". Ihr Programm Hetzt nicht nur gegen Migrant innen. Ihre Vorschläge sind zutiefst autoritär. Sie verleugnen Armut, Arbeitslosigkeit, die Krise und soziale Bedürfnisse nach Bildung, Rente und einem guten Gesundheitssystem. Dem stellen sie ihren Rassismus und polizeistaatliche Versprechungen entgegen. Sie spalten den Widerstand von Gewerkschaftern, Arbeitslosen, Arbeitern, Migranten und Jugendlichen gegen die Krise und soziale Angriffe... Die NPD geht noch weiter - Sie ist eine faschistische Partei! Ihr reichen Worte und der Staatsapparat nicht aus. Sie hat Verbindungen in Kameradschaften, zu autonomen Nationalisten und anderen Nazis und Rassisten. Sie organisiert gewaltsame Angriffe gegen (linke) Jugendliche, Gewerkschafter, Arbeitslose und Migranten. Sie wollen sozialen Widerstand schwächen, Verunsicherung und Angst unter die im Kapitalismus Unterdrückten tragen. Diese Parteien darf man nicht wählen, man muss ihnen konsequent entgegentreten. Wir müssen uns selbst und unsere Stadtteile, wenn nötig

auch militant, gegen sie verteidigen. Dort wo diese Parteien sich auf die Straße oder ein Podium wagen, müssen wir öffentlichen Widerstand gegen sie organisieren.

Vielleicht mal die... Piratenpartei?

Die Piraten stellen sich als die neue, nie da gewesene Alternative dar. Doch ihre Versprechen sind genauso alt, wie die anderen Parteien. Die Piraten haben zum Teil recht verständliche und gute Forderungen nach mehr Demokratie und Beteiligung. Sie hinterfragen aber nicht die Gründe, warum Demokratie und Beteiligung abgebaut werden. Ihr Programm ist ein Programm von Illusionen in den Staat, den sie kritisieren, in die Privatwirtschaft, die sie für korrupt halten – letztlich in den Kapitalismus, der nicht einmal in ihrem Wahlprogramm erwähnt wird. Anstatt die Besteuerung von Reichen zu fordern, um ihre Forderungen durchzusetzen, halsen sie lieber allen noch mehr Steuern auf! Sie reden von Mitbestimmung, haben aber keine Vorstellung, wie man die, die jetzt bestimmen, nämlich die Kapitalisten und ihre Staatsbürokraten, aufhält. Vielleicht mal die... Piraten? Lieber nicht!

SPD und LINKE — welche Perspektive weisen sie?

SPD und LINKE haben seit neun Jahren in Berlin regiert. Die beiden Parteien, die sich als die sozialen Parteien darstellen, haben nichts grundlegend verändert. Erst recht nicht, wenn man sich ihre Wahlversprechen vor Augen hält! Die SPD konnte vor allem mit ihrem ehemaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin "glänzen", der bis heute Mitglied dieser Partei ist. Gemeinsam in der Regierung mit der LINKEN wurde die Privatisierung von S-Bahn, Wasserbetrieben und der Sparkasse vorangetrieben. Auch, und vor allem im Bildungsbereich gab es immer wieder Widerstand von Schülern, Eltern und Lehrern gegen Rot-Rot. Zuletzt ging die Rot-Rote Regierung massiv gegen streikende Lehrer und Schüler vor, die eine bessere Bildung forderten. Beide Parteien bieten keine Perspektive gegen das bestehende System, den Kapitalismus! Sie sind reformistische Parteien, die sich auf das Parlament, anstatt auf den Widerstand auf der Straße gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Sozialabbau, verlassen. Doch sie sind nicht einmal dazu in der Lage die dringendsten Bedürfnisse nach erschwinglichen Mieten, finanzierter Bildung und kostengünstigem Nahverkehr zu lösen, wenn sie erst einmal im Parlament sind. Auf bundesweiter Ebene wollte die SPD keinen Widerstand gegen die Sparpakete, gegen die Folgen der Krise und gegen die massenhaften Entlassungen organisieren. Die LINKE hingegen war immerhin in der Anti-Krisen Bewegung vertreten...

LINKE wählen — aber Widerstand organisieren!

Zwar teilen wir nicht die Hoffnungen vieler Wähler, dass die LINKE, wenn sie erst einmal regiert etwas anders macht. Wir denken aber, dass die Wähler und viele Mitglieder der Linkspartei etwas anderes wollen als die anderen Parteien. Die Linkspartei verspricht einen Kampf gegen die Rente mit 67, gegen den Krieg in Afghanistan, gegen Leiharbeit, Niedriglöhne, Hatz IV, für bessere Bildung, die Besteuerung der Reichen und die Entlastung der einfachen Arbeiter und Jugendlichen. Umso mehr fordern wir sie auf, für diese Ziele wirklich zu kämpfen. Auch im Jugendbereich, wo ihre Jugend-(solid) und Studentenorganisationen (SDS) eine wichtige Rolle spielen, müs-

12.09. 2011, Berlin

Wozu sind Wahlen gut?

Am 12.09. veranstalten wir einen Informationsabend zum Thema Wahlen. Wir wollen gemeinsam mit euch die Programme und die Politik der unterschiedlichen Parteien diskutieren. Auch Fragen danach, wofür Wahlen überhaupt gut sind, wie sich junge Kommunist_innen dazu verhalten sollten und wen wir wählen würden beziehungsweise welche Partei wir wirklich brauchen, stehen auf der Tagesordnung...

Kommt und diskutiert mit uns am 12.09 um 19.00 Uhr im Salvador Allende Haus in der Jonasstraße 29 (nähe U8 Leinestraße) zu kühlem Bier/Brause und Gegrilltem! sen wir die LINKE zum Kampf gegen Bildungs- und Sozialabbau auffordern. Viele Forderungen der Linkspartei können wir unterstützen, doch wir treten für andere Kampfmethoden ein. Wir sind für Massenstreiks, für Betriebs-, Schulund Universitätsbesetzungen und für den Aufbau einer klassenkämpferischen Basisbewegung in den Schulen, Universitäten, Betrieben und Gewerkschaften. Wir sagen den den jetzigen Wählern der LINKEN – und rufen die Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen auf – wählt die LINKE, aber kämpft für eure

Forderungen, organisiert Widerstand gegen Krise, Bildungs- und Sozialabbau. Wir werden mit euch kämpfen und zeigen, dass nur revolutionäre Methoden die Kapitalisten schlagen können! Eine erfolgreiche Wahl für die LINKE würde nicht nur die Hoffnungen und den Kampfgeist der fortschrittlichsten Jugendlichen und der Arbeiter stärken, sondern sie in den direkten Widerspruch zu den sozialdemokratischen Führern der LINKEN bringen. Letztendlich brauchen wir eine revolutionäre Partei, die in der Praxis für das kämpft, was sie sagt. Eine Partei, die

die Tageskämpfe gegen Sozialabbau und Entlassungen mit dem Kampf gegen ihre Ursachen verbindet — Dem Kapitalismus und seinem Staat! Eine solche Partei ist und wird die LINKE nie sein, aber viele ihrer jetzigen Wähler und Mitglieder würden einer solchen Partei angehören. Kämpft gemeinsam mit uns revolutionäre Partei und Jugendorganisation. Ob gegen höhere Mieten, für bessere Bildung oder gegen die Faschisten, REVOLUTION wird gemeinsam mit euch für eure Interessen einstehen!

Berlin verdrängt die Berliner

JETZT, kurz vor der Abgeordnetenhauswahl ist das Thema der steigenden Miet- und Lebenskosten wieder aktuell. Wie in jedem Wahlkampf reagieren die Politiker überrascht auf das Problem und tun so, als hätten sie nichts von den Demonstrationen und Protesten dagegen mitbekommen. Aber was hat das mit mir zu tun, fragst du dich jetzt sicherlich? Wir Berliner, die einfachen Mieter, werden täglich mit steigenden Mieten konfrontiert. Allein seit 2007 sind sie um durchschnittlich 12 % gestiegen. Das bedeutet, dass immer mehr von uns gezwungen sind, an den Stadtrand zu ziehen, in billigere Wohnungen mit schlechterer Anbindung an das Nahverkehrssystem. Für uns Jugendliche bedeutet das, dass wir länger unterwegs sind zu den Bars und Clubs, die wir besuchen wollen. Der Weg dorthin wird immer teurer, erst vor kurzem ist der Preis für eine Einzel-



fahrkarte auf 2,30€ gestiegen. Wenn wir dort ankommen, sind die Preise nur schwer zu leisten. Das trifft auch auf unsere Jugendclubs, Bildungs-, Kulturund Sporteinrichtungen zu, insofern sie nicht geschlossen wurden! Ein bekanntes Beispiel ist die Bar 25, die durch das Projekt "Media Spree" verdrängt wurde. Der was ist der Grund für diese Probleme? Im Kapitalismus organisiert sich das städtische Leben nicht nach den Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung, sondern nach dem Streben nach maximalem Profit der Investoren und großen Vermieter. So ist z.B. mit einem Bürogebäude mehr Geld zu verdienen, als mit Wohnhäusern oder Kultureinrichtungen. Das führt zu solchen Absurditäten, dass viel mehr Bürogebäude vorhanden sind als gebraucht werden, dagegen aber zu wenige Wohnhäuser. Diesem ganzen Irrsinn müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen. Mietervereinigungen, be-

troffene Einrichtungen, wie Jugendclubs, aber auch Gewerkschaften und linke Organisationen müssen sich zusammentun Wir brauchen eine breite Bewegung, die Veranstaltungen, Streiks gegen Privatisierung und Demonstrationen für günstige Mieten, über die Wahlen hinaus, organisiert. Unser Ziel sollte es sein, dass das Stadtleben durch die Bevölkerung und nicht durch Immobilienhaie, reiche Investoren oder Bauunternehmen, bestimmt wird. Auf dem Weg zu diesem Ziel kämpfen wir für niedrige Mieten, kostenlosen Nahverkehr sowie den Ausbau und die kostenlose Nutzung von Bildungszentren, medizinischen Einrichtungen und Freizeitangeboten. Zahlen sollten die, die lange genug fett verdient haben - Deshalb sind wir für die Besteuerung der Reichen, der Bauunternehmen und Immobilienspekulanten, deren System unsere Lage zu verantworten hat.

"London nach den Riots"

Anfang August erschütterten heftige Ausschreitungen London und Großbritannien. Nachdem der 29-jährige Mark Duggan erschossen wurde und ein 16-jähriges Mädchen brutal von der Polizei zusammenschlagen wurde kam es zu Plünderungen und Straßenschlachten mit der Polizei. Was waren die Ursachen der "Riots"? Wie waren die Reaktionen der britischen Linken, sowie der Regierung? Und vor welche Fragen und Aufgaben stellen sie die britische und europäische Jugend? Diese Fragen wollen wir gemeinsam mit euch — voraussichtlich am 16.9 diskutieren! Nähere Infos demnächst auf facebook und unter onesolutionrevolution.de.

Angefragt für das Podium sind REVOLUTION, RSO, RIO und die ARAB.